Deutscher Bundestag

14. Wahlperiode 12. 06. 2002

Beschlussempfehlung und Bericht

des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Lothar Mark, Wolfgang Behrendt, Hans Büttner (Ingolstadt), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD sowie der Abgeordneten Kerstin Müller (Köln), Rezzo Schlauch und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

- Drucksache 14/9051 -

Intensivierung der Beziehungen zwischen der Europäischen Union, Lateinamerika und der Karibik

A. Problem

Die Kooperation zwischen Lateinamerika/Karibik und Europa ist ein wichtiger Teil der transatlantischen Beziehungen. Sie orientiert sich am Leitbild eines kooperativen und fairen Multilateralismus. Die Voraussetzungen für eine enge biregionale Kooperation sind dabei aufgrund einer historisch gewachsenen kulturellen Verbundenheit günstig.

Die protagonistische Rolle Deutschlands auf dem ersten biregionalen Gipfeltreffen in Rio begründet eine besondere Verantwortung unseres Landes für den Folgeprozess zwischen den Regionen. Insgesamt muss die "strategische Partnerschaft" mit Lateinamerika und der Karibik auf europäischer Seite als eine Gemeinschaftsaufgabe begriffen werden, an der sich alle Mitgliedstaaten der EU aktiv beteiligen.

Fragen der äußeren und inneren Sicherheit und der Verteidigung bedürfen künftig einer eingehenderen Behandlung, die die Schaffung einer politischen Sicherheitspartnerschaft Europa-Lateinamerika zum Ziel hat.

Die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Regionen sind traditionell eng. Deutschland und Europa müssen mehr tun, um diese zu beiderseitigem Vorteil zu nutzen.

Die Kulturbeziehungen zwischen Lateinamerika und Europa sind nach wie vor eng und stellen damit mehr als nur eine hervorragende Grundlage zur Verbesserung der politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit der beiden Regionen dar.

Der Deutsche Bundestag soll seine Unterstützung für die Bildung der biregionalen strategischen Partnerschaft zwischen den Ländern der Europäischen Union und denen Lateinamerikas und der Karibik, die bei ihrem Treffen am 28. und 29. Juni 1999 in Rio de Janeiro beschlossen wurde, bekräftigen.

Die Bemühungen zur Bekämpfung der Armut und der strukturellen sozialen Probleme Lateinamerikas sollen intensiv im Wege der biregionalen Entwicklungszusammenarbeit fortgeführt werden.

B. Lösung

Annahme des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag auf Drucksache 14/9051 anzunehmen.

Berlin, 12. Juni 2002

Der Auswärtige Ausschuss

Hans-Ulrich Klose Vorsitzender **Lothar Mark** Berichterstatter

Christian SterzingBerichterstatter

Wolfgang Gehrcke Berichterstatter Clemens Schwalbe Berichterstatter

Dr. Helmut Haussmann Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Lothar Mark, Clemens Schwalbe, Christian Sterzing, Dr. Helmut Haussmann und Wolfgang Gehrcke

I.

Der Deutsche Bundestag hat den vorliegenden Antrag auf Drucksache 14/9051 in seiner 236. Sitzung am 16. Mai 2002 beraten.

Der Antrag wurde an den Auswärtigen Ausschuss federführend sowie an den Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung und an den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

II.

Der Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung hat den Antrag in seiner 83. Sitzung am 12. Juni 2002 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen

die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU und bei Abwesenheit der Fraktion der PDS die Annahme.

Der Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union hat den Antrag in seiner 98. Sitzung am 12. Juni 2002 beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP bei Abwesenheit der Fraktion der PDS die Annahme.

III.

Der Auswärtige Ausschuss hat in seiner 103. Sitzung am 12. Juni 2002 den Antrag abschließend beraten. Er empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Stimmenthaltung der Fraktionen der CDU/CSU, FDP und PDS die Annahme.

Berlin, den 12. Juni 2002

Lothar MarkClemens SchwalbeChristian SterzingBerichterstatterBerichterstatterBerichterstatter

Dr. Helmut HaussmannWolfgang GehrckeBerichterstatterBerichterstatter